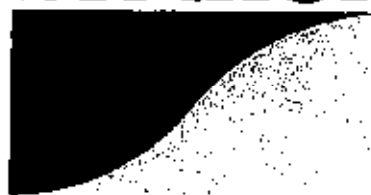


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 85 846 ppbn d



Inhalt

39. Jahrgang / 228

27. November 1984

Hans-Ulrich Klose MdB
kommentiert den Sieg der
Demokraten in Uruguay:
Vor schwierigen Problemen.
Seite 1

Ernst Waltemathe MdB wür-
digt den Majdanek-Film
von Eberhard Fechner: Auf-
forderung, den Anfängen
zu wehren. Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB,
Obmann der SPD-Fraktion
im Verkehrsausschuß des
Deutschen Bundestages,
wendet sich gegen die Pri-
vatisierung der Lufthansa:
Kommerz-Unternehmen kann
Aufgaben nicht bewältigen.
Seite 5

Dr. Renate Lepsius MdB
wirft Arbeitsminister BIUm
eine massive Täuschung der
Wählerinnen vor: "Babyjahr"
ein Propagandamanöver.
Seite 7

Der schwere Weg zurück zur Demokratie

Uruguay und sein gewählter Präsident stehen vor großen
Problemen

Von Hans-Ulrich Klose MdB

Uruguay, früher gerühmt als "die Schweiz Lateinamerikas",
hat schlimme Jahre hinter sich: 13 Jahre einer Militär-
diktatur, die das Land in eine fast ausweglose Lage ge-
bracht hat. Eine enorme Außenverschuldung, eine Inflations-
rate von cirka 65 Prozent, eine kaum entwickelte, teils
brach liegende Industrie und eine offizielle Arbeitslosig-
keit von über 15 Prozent - wahrhaftig kein leichtes Erbe,
das der gewählte Präsident Julio Sanguinetti übernimmt.

Noch schwerer wiegt der desolote moralische Zustand des
Landes. Die Militärs, zur Bekämpfung der Tupamaros gerufen,
haben ihren Auftrag gründlich "mißverstanden", und am Ende
einen Kampf gegen die Mehrheit der Bevölkerung geführt:
mit Hilfe der Polizei, mit Hilfe einer gleichgeschalteten
Justiz und mit eigenen Kräften, die das Land in eine
schreckliche Folterkammer verwandelt haben. Zugegeben: In
Uruguay sind weniger Menschen umgebracht worden als im
Nachbarland Argentinien. Dafür ist in Uruguay mit geradezu
wissenschaftlicher Akribie gefoltert worden, erbarmungslos
und in kaum vorstellbarer Weise brutal.



Wie wird die neue, die demokratische Regierung des Landes fertig mit dieser Vergangenheit?

Sie hat sich schon vor Monaten auf einen Dialog mit den Militärs eingelassen; und es gab - Gottseidank - unter den Militärs einige, die für die Rückkehr zur Demokratie eintraten, teils aus Einsicht, teils aus Resignation und Angst, am Ende wie die argentinischen Militärs auf der Anklagebank zu sitzen.

Das Ergebnis des Dialogs war der "acuerdo", die zwischen Militärs und Politikern vereinbarte, gereigte Rückkehr zur Demokratie.

Dieser acuerdo ist von einer der großen Parteien in Uruguay, den "Blancos", heftig kritisiert worden. Aber die Kritik hat nicht gezündet. Die Bevölkerung hat mit Julio Sanguinetti einen Befürworter des acuerdo gewählt. Sein Ziel ist nicht die Abrechnung, sondern die Versöhnung. Er respektiert die mit den Militärs getroffenen Absprachen, die ohnehin nur auf Zeit gelten; und er will die bei der Wahl unterlegenen Parteien - auch die "Blancos" - an der Regierung beteiligen.

Das ist nicht nur klug gedacht; es entspricht auch den Wünschen der Bevölkerung und der realen Lage des Landes. Wiederherstellung des inneren Friedens, Anerkennung des Rechtsstaates, sozialer Ausgleich und wirtschaftlicher Wiederaufbau - das sind die Programmpunkte einer "Regierung der nationalen Einheit".

Die Parteien - die "Blancos" eingeschlossen - wissen, daß es nur diesen Weg gibt. Die versöhnlichen Gesten in der Wahlnacht lassen hoffen, daß sie ihn gemeinsam beschreiten.

(-/27.11.1984/ks/rs)

+ + +



Dank an Eberhard Fechner

Die Dokumentation über den Majdanek-Prozeß fordert uns auf, den Anfängen zu wehren

Von Ernst Waltemathe MdB

Als vor sechs Jahren die US-Filmspielserie Holocaust (auch damals nur in den dritten Programmen des ARD-Fernsehens) gezeigt wurde, gab es insbesondere bei der jüngeren Generation große Erschütterung, die bohrende Fragen nach sich zog. Ein ziemlich triviales Machwerk mit der erfundenen Schilderung von Einzelschicksalen zeigte, wie es mit der Frage der "Endlösung" in Deutschland und Europa während des Nazi-Terrors ausgesehen haben mag. Da man sich mit Einzelschicksalen, selbst wenn es von Drehbuchautoren erfundene sind, leichter identifizieren oder auseinandersetzen kann, war die Holocaust-Serie geeignet, gegenüber der Anonymität großer, nicht faßbarer Zahlen eine annähernd richtige Wirklichkeit zu zeigen.

Eberhard Fechner hat zum Mittel der Dokumentation gegriffen und bewiesen, daß selbst insgesamt viereinhalb Stunden ohne melodramatische Musikuntermalung und ohne jegliche schauspielerische Verstellung eine szenarische Dichte vermitteln können, die Spannung erzeugt und die gewesene Wirklichkeit im wahrsten Sinne des Wortes vor Augen führt. Gesichter und Gesten von Angeklagten der ehemaligen SS, von Überlebenden Häftlingen, von Richtern, Staatsanwälten und Verteidigern, von Beobachtern und Betreuern vermögen also ein Thema so aufzubereiten, daß mehr als die Dokumentation von Tatsachen entsteht.

Die Beklemmung in einem deutschen Gerichtssaal, die insbesondere den Zeugen im Majdanek-Prozeß als allgegenwärtig erschien, der ständige Versuch, die "Bestien" von damals menschlich zu begreifen und der gegenläufige Versuch der Angeklagten, persönliche Schuld von sich zu weisen und ihre Unfähigkeit, so etwas wie Reue zu empfinden, die teilweise kaltschnäuzige Ausnutzung von Paragraphen der Strafprozeßordnung: all dies und noch mehr machten deutlich, daß die Justiz mit den herkömmlichen Begriffen von Mord und Totschlag gegenüber staatlich organisierten Gewaltterror nicht viel auszurichten vermag.

Im Majdanek-Prozeß ging es nicht um Rache, wohl aber um die Zuweisung auch persönlicher Schuld der Helfershelfer eines teuflischen Regimes. Die fast emotionslose, durch saubere Schnitte der einzelnen Aussagen vor der Kamera logisch aufgebaute



Dokumentation Eberhard Fechners hat es vermocht, eine Zeit von über 40 Jahren zu überbrücken und uns Geschehnisse näher zu bringen, die von vielen Lieber verdrängt würden, die aber um der Zukunft willen nicht verdrängt werden dürfen.

Es war richtig, daß der Bundestag im März 1979 die Verjährung für Verbrechen der Art von Majdanek aufhob. Es wäre noch richtiger, endlich Treffen sogenannter SS-Traditionsverbände zu verbieten beziehungsweise unmöglich zu machen. Es waren keine Helden, die da das Handwerk des "Aufsehers" verrichteten; es waren keine Helden, die an Schreibtischen die Organisationsmaschinerie von Massenvernichtung ersannen. Zum Heldentum gehören Mut und persönliches Risiko. Diese Tugenden fehlten bei den Angeklagten, die stellvertretend für tausende und aber-tausende vor Gericht standen. Wo also wäre ein Anlaß für SS-Heldengedenktage?

Eberhard Fechner ist zu danken für eine Dokumentation, die alles andere als langweilig ist. Sie verdient es, in den ersten Fernsehprogrammen wiederholt zu werden, so, wie Karl Fruchtmanns Dokumentation über Auschwitz auch einen Beitrag dazu geliefert hat, die Mosaiksteine massenhafter Verfolgung und Ermordung von Juden, Zigeunern, Homosexuellen, Prostituierten, politischen Gegnern, Christen, Widerstandskämpfern zu einem Bild der Abschreckung zu formen, damit nie und nir-gends geschehen möchte, was vor über 40 Jahren in einem kulturell hochstehenden Land Wirklichkeit war.

Eines sollte ebenfalls unzweifelhaft sein: Es kann einem Generalsekretär einer demokratischen Partei und amtierenden Bundesminister nicht zugelassen werden, Opfer zu Tätern zu machen und die Schuld an Auschwitz, Majdanek und wie die Vernichtungslager heißen haben, Menschen anzulasten, die Gewalt als Mittel der Politik ablehnen und deshalb Pazifisten sind! Und ein Zweites: Fechners Dokumentation ruft in Erinnerung, daß den Anfängen gewehrt werden muß, Völkerhaß und Ausländerfeindlichkeit nicht erst Nährboden für neue Verfolgung von in die Millionen gehenden Minderheiten werden dürfen. Alt- und Neu-Nazis zu verharmlosen, ist auch heute fehl am Platze!

(-/27.11.1984/ks/rs)

+ + +



Gegen die Privatisierung der Lufthansa

Ein rein kommerziell orientiertes Unternehmen könnte die Aufgaben der Luftfahrt nicht bewältigen

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Die Privatisierungs-Ideologen, die sich im Falle der Deutschen Lufthansa besonders stark machen, übersehen, daß die Verkehrspolitik überhaupt erst wesentliche Rahmenbedingungen geschaffen hat beziehungsweise schafft, die es der Deutschen Lufthansa gestatten, sich wie ein Wirtschaftsunternehmen zu verhalten.

Luftfahrtunternehmen sind sicher keine beliebigen Unternehmen. Sie können nicht entscheiden, welche Produkte sie wo und zu welchem Preis und unter welchen Bedingungen auf den Markt bringen. All dies wird staatlich vereinbart beziehungsweise festgelegt und ein nicht unwesentlicher Teil des wirtschaftlichen Erfolges eines Luftfahrtunternehmens hängt von der Einsatzbereitschaft, der Geschicklichkeit und der Durchsetzungsfähigkeit derer ab, die aufgrund ihrer politischen Funktionen und Verantwortung diese Rahmenbedingungen auszuhandeln haben.

Die jeweiligen Bundesregierungen haben dem Unternehmen Deutsche Lufthansa mit erheblichen wirtschaftlichen Aufwendungen staatliche Fürsorge angedeihen lassen. Seit Gründung der Deutschen Lufthansa vor mehr als 25 Jahren war und ist das Unternehmen das gewählte Instrument der Bundesrepublik zur Durchführung des Fluglinienverkehrs und wurde in den entsprechenden bilateralen Staatsverträgen als das sogenannte "Chosen-Instrument" bezeichnet. Am Ende des vergangenen Jahres betrug die Kapitalbeteiligung des Bundes bei der Deutschen Lufthansa knapp 700 Millionen DM.

Es ist sicher unbestritten, daß die Verkehrsrechte ein wesentlicher Bestandteil der Durchführung eines wirtschaftlichen Flugbetriebes sind. Diese werden bilateral von den politischen Verantwortungsträgern vereinbart und in Staatsverträgen sowie Fluglinienplänen festgeschrieben. Sie sind die Grundlage dafür, daß ein Luftfahrtunternehmen überhaupt erst die Möglichkeit erlangt, Fluglinienverkehr zu eröffnen und zu betreiben. Ebenso bedarf auch jeder Tarif im Fluglinienverkehr der staatlichen Genehmigung.

Hier gilt es, stets einen Ausgleich zu finden zwischen solchen Unternehmen, die billiger produzieren könnten und solchen, deren Kostenstrukturen völlig anders geartet sind. Große Unterschiede ergeben sich hier insbesondere bei den Personalkosten. Ein freier, tarifungebundener Wettbewerb würde bedeuten, daß Unternehmen wie die Deutsche Lufthansa am Markt nicht mehr konkurrenzfähig wären, weil zum Beispiel fernöstliche Gesellschaften billiger produzieren oder reine Staatsunternehmen ohnehin ohne Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte arbeiten können, weil sie Teil des staatlichen Haushalts sind.



Die Vereinbarung solcher Tarife reicht aber nicht, vielmehr muß der Bundesminister für Verkehr auch für deren Einhaltung und Durchsetzung sorgen. Denn sonst wird durch Unterlaufen der genehmigten Tarife praktisch Tariffreiheit erreicht mit der oben dargestellten Folge. Hier würde sich ein weiteres Feld und unläutere Konkurrenz eröffnen, der Gesellschaften mit Kostenstrukturen ähnlich der der Lufthansa auf Dauer nicht gewachsen sein würden. Ohne die Aufmerksamkeit und Durchsetzungsfähigkeit der Verkehrspolitik würde die Deutsche Lufthansa dann sehr leicht zum Kostgänger des Staates werden.

Die Bundesrepublik braucht ein starkes und leistungsfähiges Luftverkehrsunternehmen

- das in einem gesamtverkehrspolitischen Konzept eingegliedert ist,
- das ein im volkswirtschaftlichen Interesse notwendiges Verkehrsnetz auch in Krisen und wirtschaftlich schlechten Zeiten aufrechterhält,
- das auf nichtausgeschüttete Gewinne zurückgreifen kann, um den absehbaren Investitionsbedarf zu bewältigen,
- das es der Bundesregierung erlaubt, gesamtstaatspolitische Ziele zu verwirklichen.

Ein rein kommerziell orientiertes Privatunternehmen Lufthansa wird nicht in der Lage sein, Aufgaben der Daseinsvorsorge und darüber hinausgehende nationale Interessen in seiner Unternehmenspolitik umzusetzen. (-/27.11.1984/ks/rs)

+ + +



Massive Täuschung der Wählerinnen

Blüms "Babyjahr" ist ein Propagandamanöver

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Baden-Württemberg wirft dem Bundesarbeitsminister Blüm mit seinem Versprechen für "ein Versicherungsjahr für jedes Kind" massive Wählerinnentäuschung vor. Den Müttern in der Bundesrepublik wurde mit propagandistischen Manövern vorgegaukelt, daß alle eine rentenrechtliche Anerkennung von Kindererziehungszeiten erhalten. Diese Erwartung ist aber eine Rentnertäuschung.

Die angekündigte Anrechnung von Kindererziehungszeiten wird dem Grunde nach nur Familienmüttern auf Kosten erwerbstätiger Frauen zukommen. Die heutigen Rentnerinnen und die erwerbstätigen Frauen werden leer ausgehen. Deshalb fordert die ASF Baden-Württemberg eine umfassende Korrektur dieser Schrumpfvorstellungen der Bundesregierung. Sie unterstreicht die sozialdemokratische Absicht, ausnahmslos allen Müttern ein Babyjahr für jedes Kind gutzuschreiben.

Die Öffentlichkeit muß darüber aufgeklärt werden, daß die Konzeption der Bundesregierung die Frauengenerationen in zwei Klassen von Müttern aufspaltet:

- Die heutigen Rentnerinnen mit ihrer überwiegend schlechten Altersversorgung erhalten nichts.
- Die erwerbstätigen Frauen, die nach Geburt ihres Kindes ihre Erwerbstätigkeit fortsetzen, erhalten nichts, wenn sie mehr als 75 Prozent des Durchschnittsentgelts aller Versicherten verdienen. Soweit sie unter dem Durchschnittsentgelt liegen, erhalten sie lediglich den Ausgleichsbetrag zwischen eigenem Verdienst und Durchschnittsentgelt - auf Deutsch: Pfennige - gutgeschrieben.
- Alle erwerbstätigen Frauen, die unter geltendem Recht Anspruch auf Leistungen nach dem Mutterschaftsurlaub haben, werden nach der beabsichtigten Streichung des Mutterschaftsurlaubs-Gesetzes in Wahrheit nur sechs Monate und nicht zwölf Monate, also nur Bruchteile von Versicherungszeiten im Rentenkonto gutgeschrieben bekommen.

Während Milliarden für die Landwirtschaft und die Rückzahlung der Investitionshilfeabgabe für die besser verdienende Bevölkerung gut sind, ist die von Blüm geplante Regelung in Wahrheit nichts anderes als Umverteilung von Einkommen berufstätiger Frauen auf Hausfrauen. Damit wird der Grundsatz der Gleichbehandlung unter allen Frauen verletzt. Deshalb fordert die ASF eine Wende zur Berücksichtigung von Zeiten der Kindererziehung für alle Frauengenerationen. (-/27.11.1984/ks/rs)

+ + +

